



AFRIKA/KENIA - TROTZ ÜBERSCHWEMMUNGEN, STAATSDEFIZIT UND DER GEFAHR DES TERRORISMUS GIBT DAS LAND DIE HOFFNUNG NICHT AUF

Nairobi (Fidesdienst) – Die heftigen Regenfälle, von denen Kenia im vergangenen Monat betroffen haben aufgehört. Am meisten betroffen waren die Regionen im Osten des Landes mit der Provinz Nyanza.

Die Lage ist weiterhin schwierig, vor allem was die Befahrbarkeit der Straßen anbelangt. Nach Angaben von Beobachter sollen im Norden Straßen und Brücken zerstört sein, die erst in mehreren Tagen wieder befahrbar sein werden. „In Kenia wechseln sich regelmäßig Trockenzeiten mit heftigen Regenfällen und Überschwemmungen ab. Damit dieses Problem gelöst werden kann, müssten Dämme und Wasserleitungssysteme gebaut werden, damit das Wasser während der Regenfälle gesammelt und während der Trockenzeit genutzt werden kann. Bisher haben sich die Regierung und das Parlament jedoch bei der Haushaltsplanung nie mit diesem Problem befasst“.

In dieser Hinsicht gibt es auch zahlreiche andere Probleme. Der im Dezember letzten Jahres in dieses Amt gewählte Staatsoberhaupt Mwai Kibaki, hat von seinem Amtsvorgänger Arap Moi nach dessen 30jähriger Regierung, ein schweres Erbe übernommen, denn die Staatskassen waren praktisch leer. Derzeit finden Untersuchungen statt, in deren Rahmen ermittelt werden soll, ob es unrechtmäßige Aneignungen oder Ausgaben gegeben hat, die zu dieser Situation geführt haben.

Die wirtschaftliche Lage des Landes wird zusätzlich durch die Gefahr von möglichen Terroranschlägen erschwert, die im Land geplant werden sollen. „Der Fremdenverkehr befindet sich in einer schweren Krise und dies ist für ein Land, das den Willen und die Fähigkeiten zum wirtschaftlichen Fortschritt hat, ein großes Problem“, so Beobachter gegenüber dem Fidesdienst. Der Fremdenverkehr gehört zu den wichtigsten Einkommensquellen des Landes, mit jährlichen Einnahmen in Höhe von rund einer halben Milliarde Dollar.

„Trotz dieser Schwierigkeiten herrscht im Land der feste Wille zur Erneuerung und zum Vorankommen auf dem Weg der Demokratie und des wirtschaftlichen Fortschritts.“

(LM) (Fidesdienst 12/6/2003 – 26 Zeilen, 292 Worte)